

Sächsische Volkszeitung

Abonnement: Wochentl. in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illust. Beilage 10.00 M.
Ausgabe B 9.00 M. In Dresden und ganz Deutschland frei handl. Ausgabe A 10.00 M. Ausgabe B 9.00 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Montagen nachm. — Geschäftsstelle der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme vom Geschäftstag bis 10 Uhr, von Samstagabend bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeit-Spätzeit 1.40 M. im Resttag 0.50 M. Samstagabend 1.00 M. — Für unbewilligt geschriebene, sowie durch Vermischter aufgegebene Anzeigen kann wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Tages nicht übernommen werden.

Die Gründung des republikanischen Reichstages Von unserem parlamentarischen Sonderberichterstatte

Wieder hat das Deutsche Reich einen wichtigen Bedeutung in seiner Geschichte zu verzeichnen. Mit der Gründung des ersten Reichstages der Republik des Deutschen Reiches, wie sie nach dem Verlust des Krieges und aus der Revolution über die Nationalversammlung sich hinweg herausgebildet hat, sind wir eigentlich erst in die Epoche der Gesetzmäßigkeit und der verfassungsmäßigen staatsrechtlichen Selbstbestimmung unserer Geschichte gelommen. Wir wollen es vermeiden, an dieser Stelle und in diesem Augenblick den Gefühlen Aussicht zu geben, die jeden von uns im Angesicht eines im Strudel erschütternden Ereignisse versunkenen Vergangenheit überkommen mögen. Aber die Erinnerung an all das kann in diesem Augenblick doch nicht ganz beherrscht geschochen werden.

Wie haben also ein Parlament einen Reichstag? Wenn man von Berufs wegen zu den ständigen Besuchern der parlamentarischen Verhandlungen in der Reichsversammlung gehört, dann wird man freilich von dem neuenilde, das ich dir bietet, nicht sonderlich überzeugt sein können. Es sind im Grunde doch wieder dieselben Persönlichkeiten, dieselben Führer und dieselben Parteimänner, die da durch die Säle und Hallen wandeln, und auf deren Fähigkeit aber doch Wissensumming die Neugedächtnisse wohnt oder aber angewiesen sind. So auch jetzt wieder. Würde man nicht, daß eine große Wahlbewegung zwischen über das Land geprägt und daß aus ihr eine neue Wahlbewegung erwachsen ist, so könnte man beim Anblick dieses in einer Stimmgebrasch ohnegleichen gebrauchten Saales glauben, man sei in irgend einer parlamentarischen Verhüllung aus früheren Zeiten. Nicht nur, daß die bürgerlichen Parteien wieder in den neuen Reichstag enthandt worden sind, man sieht auch Männer wieder austauschen, die schon im alten Reichstage eine beträchtliche Rolle spielten. Von solchen Persönlichkeiten hat die radikale Linke die meisten gestellt. Man braucht nur an Dittmann und Ledebour zu erinnern. Das einzige, was die Regierung erkennen läßt, ist die in der Plätzverteilung und in sonst nichts anderem nach augen hin zum Ausdruck kommenden veränderten Schattierung des politischen Bildes. Wäre die äußerste Linke nicht so stark, so würde man sich heimlich in einem Sitzungstag des alten Reichstages verfestigt glauben. Die Rechte hat sich gegenüber der Nationalversammlung wieder etwas breiter gemacht, sie strömt ihre Führer schon bis zur Mitte hin. Das Centrum macht seinem Namen wieder mehr Ehre und führt tatsächlich fast mitten in dem Block der Bänke. Hinter ihm gruppieren sich die Bayerische Volkspartei. Nicht zusammengezogen sind die Demokraten, die schon die linke Flanke bedecken. Der Block der Sozialisten ist nur um wenige Sitze vermehrt worden, er hat aber insofern eine wesentliche Erweiterung der Sitzgelegenheit für die Unabhängigen eine das politische Ergebnis der Wahlen zum Ausdruck bringende Veränderung erfahren, während die Mehrheitssozialisten sich eine starke Beschränkung ihres seitherigen Platzes und auch Verdrängung nach den Rückwänden des Saales haben gefallen lassen müssen.

Das Saalbild ist sich war in der Plätzverteilung nicht wesentlich gegen früher umgestaltet. Für eine Riesenvertretung von 400 Abgeordneten ist allerdings kein ausreichender Platz vorhanden. Man hat sich dies damit beholfen, daß hinter dem mit Schreibtischgelegenheit ausgestatteten Balken einfache Stühle aufgestellt sind, die aber recht wenig Aufzug finden, zumal die dahinter stehenden bequemen Bettsessel und Sofas zu trauriger Siesta dienen.

Im Hause selbst herrschte seit den frühen Morgenstunden ein lebhaftes Getriebe. Die Fraktionen sind schon sehr früh an der Arbeit. Alten Brauche gemäß wurde die Reichstagsgründung durch die Mitglieder des Centrums mit einem feierlichen Hochamt in der Heiligstätte begangen, und auch die evangelischen Mitglieder des Reichstages hatten sich zu einem Gottesdienste zusammengefunden. Die Unabhängigen machten es sich demgegenüber bei einem Frühstück bequem.

Das Interesse des Publikums an dieser ersten Sitzung, die nur eine rein formelle Form darstellte, war sehr stark. Hunderte fehlten Eintritt. Die Tribünen waren überfüllt und vor den Toren standen Photographen und Filmoperatoren ihrer Opfer.

Die Eröffnungsrede fehlte war nur kurz, sie dauerte eine knappe halbe Stunde. Der Saal bot einen imposanten Anblick. Alle Bänke waren besetzt, und an den Seiten und Rückwänden mussten viele Abgeordnete mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Einzelne Persönlichkeiten waren bei ihrem Eintritt in den Saal gegenstand besonderer Aufmerksamkeit. Das galt insbesondere für die Führer der linken Fraktionen und der äußersten Linksparteien. Hellserich saß zwischen Größe und dem Grafen Westarp. Daneben, nur durch einen Brotschlegung getrennt, saß der viel genannte Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, der Großindustrielle Hugo Stinnes. Als der Name des Abgeordneten Stinnes bei dem Namensaufruf verlesen wurde, erhob sich auf der linken ein großer Lärm. Im übrigen zog sich der Namensaufruf gleich.

Die nächste Sitzung wurde dann von dem Alterspräsidenten auf Freitag nachmittag mit der Tagesordnung der Präsidentenwahl angelegt.

Lohnverwässerung oder produktive Mehrleistung

Infolge der augenblicklichen Stockung des Arbeits auf dem Warenmarkt steht es heute in einer Reihe von Industriezweigen an hinsichtlicher Beschäftigungsfähigkeit. Dadurch kann es den Anschein gewinnen, als ob der Ruf nach mehr Arbeit an unserem hauptfachlichen Mittel aus Chaos und Wirtschaftsknoten einen inneren Widerspruch in sich trage. Dem ist jedoch nicht so.

Der wesentlichsste Anstoß zur Gründung unserer Wirtschaft muss zunächst ausgehen von der Utopie, der Erzeugung im Bergbau und in der Landwirtschaft. Gelingt es hier, die Erzeugung zu erhöhen, so daß den übrigen Wirtschaftszweigen mehr Vertriebsmittel und der Arbeiterschaft allmählich mehr und billigere Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden können, dann kann auch hier die menschliche Arbeitssatz als produktionssteigerndes Mittel mit wesentlich höherem Erfolg eingesetzt werden. „Heute“, so schreibt die der Arbeiterschaft sicherlich gewogene „Soziale Praxis“ (1920, Nr. 30), „ist es vornehmste Pflicht jedes Sozialpolitikers, und wenn er dafür gekämpft wird, zu beweisen: Nicht durch weitere Verwässerung des Lohnminimums (und das ist heute jede Lohnabschöpfung ohne produktive Mehrleistung) wird das Lebensminimum des Arbeiters auf die Dauer erhöht... Ein noch wünschbares Mittel gibt es allerdings, das wäre der Einschluß, daß alle arbeitsfähigen Deutschen, vom obersten Beamten bis zum letzten Arbeiter, zunächst ein Jahr lang durchschnittlich eine Stunde länger arbeiten, wobei natürlich die Arbeitsdauer nach der Schwere und Gesundheitsbedürftigkeit der Arbeit notwendig zu differenzieren wäre, was der schematische Nachuntertag im Gegensatz zu gesunder sozialer Meinung bisher verhindert.“

Will eine solche Mehrarbeit zunächst in der Überzeugung und in den Gewerken, wo wir mit eigenen Rohstoffen arbeiten, geleistet, wo wir also von dem Ausland und damit auch von den Valutabewegungen unabhängig sind, so kann das auch auf die übrige Wirtschaft nicht ohne günstige Rückwirkungen bleiben. Eine mit einer Erhöhung der Produktivität der Arbeit einhergehende organische Verbesserung unserer Wirtschaft ist ein wertvolles Mittel, in die Valuta-verbesserung eine gewisse Sichtigkeit hinzuzubringen und die vor solchen Schwankungen zu bewahren, wie wir sie bisher erlebt haben. Rückschlüsse auf die Erzeugung würden auch hier nicht ganz ausbleiben. Aber auch sie könnten gelindert werden durch eine gewisse, von den Selbstverwaltungsrätern der Industrie getragene planvolle Wirtschaft. So würden wir dann allmählich auch für solche Industriezweige, die zur Hauptfach mit fremden Rohstoffen arbeiten, zu steigeren Fertigungs- und Absatzverhältnissen gelangen, und dann würde auch hier der Faktor Arbeit in seiner produktionssteigernden und daher verbilligenden Wirkung noch und nach mehr eingeschalten werden müssen. Sofern dann noch Erwerbszweige übrig bleibent, über denen Wirtschaftlichkeit sich auf absehbare Zeit keine Gewissheit verschaffen läßt, wäre zu erwarten, wie weit hier Umgruppierungen der Arbeiterschaft sich nötig machen. Bergbau und Landwirtschaft bieten da noch große Unterbringungsmöglichkeiten. Allerdings muß Hand in Hand mit solchen Umgruppierungen die Schaffung entsprechender Wohnungsgelegenheiten einhergehen.

Es wäre jedoch falsch, wollte man für eine Steigerung der Produktivität der Arbeit nur an die Arbeit bestimmte Maßnahmen stellen. Auch die Industrie selbst muß alles tun, um durch eine rationellere Betriebsführung den Nutzen des menschlichen Arbeit zu steigern. Dass noch dieser Richtung durch eine entsprechende Organisation der Einzelbetriebe noch recht vieles geschehen kann, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Das trifft auch für ganze Industriezweige zu. Wie weit hier durch eventuelle Zusammenlegungen von Betrieben, durch die Begründung besonderer Arbeitsgemeinschaften die Wirtschaftlichkeit der Geschäftserzeugung noch gehoben werden kann, darüber Entscheidungen zu treffen, dürfte in erster Linie Sache der Selbstverwaltungsräte in der Industrie sein. Nachdem wir erst auf den eben angegebenen Wegen zu einer Senkung der Preise, insbesondere auch für Lebensmittel gelangt sein werden, wird man auch an einen Abbau der Löhne denken können. Der Ort, zu gegebener Zeit in entsprechende Verhandlungen einzutreten, sind die industriellen Arbeitsgemeinschaften.

Zum Gesetzentwurf über Privatbergregale

Die Wellen der Revolution haben nicht nur die bestehende Ordnung hinweggewältigt, sie haben auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht unverhüllt gelassen. Die Frage der Sozialisierung ist durch den verdeckten Einfluss der Sozialdemokratie in den Vordergrund getreten, wie überhaupt das Bestreben dahin ging, auch gewisse in der historischen Entwicklung begründet liegende Privatrechte einzelner Standes- und Berufsgruppen, also sogenannte Rechtsaltertümer, aufzuheben und auf den Staat zu übertragen. Davon ist auch der Privatbergbau betroffen worden. Die preußische

Bundesversammlung hat sich mit der Regelung dieser Frage bereits beschäftigt und sie aus Anlaß eines nach dieser Richtung gehenden Antrages auch schon im Plenum durchsetzen. Die Weisheit des Hauses hatte sich damals mit der Überführung der Bergregale an den Staat gründlich einverstanden erklärt, jedoch wurde vornehmlich von Seiten des Centrums der Standpunkt vertreten, daß es sich bei der Privatbergregale um einen durch historisches Recht erwachten Titel handle, für dessen Ausgabe der Staat unabdingt eine angemessene Entschädigung gewährleisten müsse. Nunmehr ist der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung der Entwurf eines Gesetzes zur Überführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat zugänglich. Das Gesetz bringt den Artikel 155 Absatz 2 der Reichsverfassung, wonach private Regale im Falle der Seizurung auf den Staat überzufallen sind, zunächst hinsichtlich der Bergregale der früheren Reichsumittelbarer aus. Ausdrückung. Die Überführung desjenigen Bergregale, die auf besondern Rechtsstiteln beruhen — diese Regale sind, abgesehen von Oberhöfen, von untergeordneter Bedeutung — ist einem späteren Gesetz vorbehalten. Als Reichsform der Überführung, wofür die Reichsverfassung Syntagma steht, ist im allgemeinen die Aufhebung der Regale gewählt worden, was zur Folge hat, daß automatisch das Vorbehaltrecht des Staates an den Steinholzern und Salzen, im übrigen das Rechthaberecht des Staates eintritt. Die heute als Rechtsaltertümer erscheinenden Regale rechte als solche in der Hand des Staates fortzuführen zu lassen, erscheint mit dem modernen Rechtsverständnis nicht verträglich. Nur das Abbaurecht wird unmittelbar auf den Staat übertragen. Die Bauherrschaftsrechte liegen in der Krone der Entschädigung. So weit es sich um öffentlich-rechtliche Regale handelt, wie zum Beispiel die Bergpolizei, kommt eine solche Selbstverständlichkeit nicht in Frage. Anders sind die Regale rechte stark mit privatrechtlichen Elementen durchsetzt und insbesondere das Recht an den Regaleboden ist vom Rechtsgericht in häufige Wechselseitigkeit als Privatrecht angeschaut worden. Hieraus erscheint insoweit eine ungetreue Entschädigung nach Artikel 153 der Reichsverfassung gerechtfertigt. Dies ist auch bereits in einem Entwurf der Landesversammlung zum Ausdruck gekommen. In Übereinstimmung mit einem von der Handels- und Gewerbeblätter für gehobenen Kaufleute und am Regalbau der Entschädigungssumme und sonstigen Einzelrechten verhandelt werden, denen vertragsmäßig ersterwähnte Rechte auf Verleihung von Bergwerkserlaubnissen innerhalb der Regalebeteile zugeschen. Diese Verhandlungen haben trotz aller Schwierigkeit zu einem Erfolg geführt. Dieses Schiedsgericht findet mit den Anbörern der direkt praktisch fast ausschließlich in Betracht kommenden westfälischen Bergregale, dem Herzogtum von Arenberg, dem Fürstentum Salm-Salm und dem Herzogtum von Berg eingetreten, dem Minister für Handel und Gewerbe als Vertreter des preußischen Staates andererseits Verhandlungen abgeschlossen worden, die mit dem Rechtkontroll der Bergbauaufsicht zur Genehmigung vorgelegt werden. Sowohl die übrigen Staate wie andere Aufenthaltsstätten und seine zeitlichen Beziehungen darstellen, sollen sie ohne weiteres in Betracht kommen. Es handelt sich dabei um solche Sonderfälle wo auch die Ausweitung des Grundrechtes der angestammten Entschädigung zu einem negativen Ergebnis führt.

Eine Erklärung des Vertreters der ungarischen Regierung

Der internationale sozialdemokratische Gewerkschaftsbund hat über Ungarn den Boykott verhängt aus Gründen, die sich teils auf unrichtige, teils erdrückende oder mohosche Übertritte Angaben und Erzählungen ungarnsindischer, zum größten Teile im Auslande lebender Polen einsetzen. Diese Nachrichten gegenüber sollen folgende Tatsachen hervergehen:

Angesichts der kommunistischen Wirken und der nachsolariden rumänischen Besetzung ist in Ungarn tatsächlich eine gewisse Sicherheit mit allen ihren Nachteilen eingetreten. Es bildet sich einerseits zum Schutz des Vaterlandes militärische Sonderformationen nach Art der deutschen Freikorps, andererseits in der Provinz uniformierte Banden die mit politischen und religiösen Schlagwörtern verfehlten die öffentliche Ordnung zu rüsten. Es ist aber noch letzter Zeit gelungen, so weit Ordnung zu schaffen, daß nunmehr nach Errichtung des Aufbaus der Nationalarmee nur vereinzelt Unregelmäßigkeiten vorkommen, die in der öffentlichen Meinung, auch in der Nationalversammlung, scharf verurteilt wurden. Um die Rechtsordnung im alten Umfang herzustellen, hat die Regierung angeordnet: 1. daß nur bürgerliche Rechte das Recht haben, Geschäftsunruhen oder Hausdurchsuchungen vorzunehmen oder andere richterliche Verhandlungen anzutreten, 2. daß die nicht zu dem Kreis gehörenden Sonderformationen, unter anderem die vielerwähnte Abteilung Hajos, aufgelöszen sind. Gegen die verdächtigen Mitglieder dieser Formationen ist die richterliche Untersuchung bereits im Gang. 3. daß während der Dauern und Theiß eine gründliche Sicherung von den dort herumtreibenden uniformierten Banden stattfindet. Wie der Kriegsminister General Soós in der Nationalversammlung mitteilte, sind bereits viele Radikalisten verhaftet und ist gegen sie die Untersuchung eingeleitet werden.

Eine arbeiterseitliche Strömung hat es in Ungarn mit gegeben; die Sozialdemokratie konnte in Ungarn — einem überwiegend agrarischen Lande — nie denselben Einfluss gewinnen, welcher ihr in einem Land mit hochentwickelter Industrie leichter zufällt. Die militärische Lage der Industriearbeiter Ungarns ist viel weniger auf eine arbeiterfeindliche Gewissheit, als auf den Krieg den Volkskrieg mit seiner Industriefeindlichen Propaganda, die durch die Kommunisten verankerte Bekämpfung der Produktionsmittel, die rumänische Besetzung, den Friedensvertrag und auf Kohlen- und Rohstoffmangel zurückzuführen. Bei dem vollkommenen Stillstand jeglicher industrieller Tätigkeit in Ungarn muß dort der Arbeiter in erster Linie leiden, und auch der Arbeiter würde in erster Linie durch den angedrohten Verlehrerverbot zu leiden haben.

Niemals sind in Ungarn Arbeiter lebhaft wegen ihres Bekennens zur Sozialdemokratie festgenommen worden. In den Internierungslagern befinden sich weniger als 2000 Personen, verhaftete, Lebensmittelwucherer, lästige Ausländer und staatseindliche Kommunisten.

Todesurteile sind seit der Kommunenherrenschaft etwa in 50 Fällen verhängt worden, sämtlich von Volksgerichten. Vermisst sind etwa 280 Personen.

Die Regierung wird in naher Zukunft durch besondere Maßnahmen noch weitere Garantien für den Schutz der persönlichen Freiheit und des Privatgeheimnisses schaffen.

Dies alles geschieht im Interesse des Landes und ist nicht etwa eine Folge der Erziehung mit dem Bonnot, der als eine Einmischung in die innere Politik des Landes zurückgewiesen wird.

Ein Dementi

Die "Deutsche Tageszeitung" bringt eine Zuschrift aus Eisen, wonach der Abgeordnete Dr. Bell in einer Essener Befreiungsaufruhr die Zentrumsbundesleute Trimborn und Herold als die Urheber des gesuchten Vielesfelder Abkommen bestimmt habe. Gegenüber dieser leidenschaftlichen Behauptung erhalten wir vom Abgeordneten Dr. Bell nachdrückliche Entschuldigung: Wie ich jetzt erfahre, ist in der "Deutschen Tageszeitung" und in anderen Zeitungen die Behauptung verbreitet worden, ich habe in einer Essener Versammlung die Zentrumsbundesleute Trimborn und Herold als die Urheber des sogenannten Vielesfelder Abkommen bestimmt. Diese Mitteilung widerspricht vollständig den Tatsachen. Selbstverständlich habe ich niemals etwas aus dem Sinne nach ähnlichem gehabt, da mir wie jedem in die Verhältnisse eingeweihten genau bekannt war, daß sie der Urheber des sogenannten Vielesfelder Abkommen eigentlich war. Richtig ist lediglich, daß ich bei Erörterung des vorher und zwar nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch zur Wiederaufstellung der Ordnung getroffenen Berliner Abkommen und der hierin festgelegten Punkte auf die längst bekannte Tatsache verwiesen habe, daß bei diesen Berliner Abmachungen außer den Vertretern der anderen Parteien auch die Zentrumsbundesleute Trimborn und Herold zum Zwecke der Wiederaufstellung von Ordnung und Sicherheit mitgewirkt haben. Herr Abgeordneter Dr. Neindorf, der in seiner Verfassung als Redner auftritt, bestätigt mir die Mächtigkeit meiner Aussage mit dem Hinzuftügen, daß er inzwischen bereits in öffentlicher Verhandlung den obigen Preßbericht als durchaus unzutreffend bezeichnet und den Sachverhalt ausschärfte habe.

Deutsche Stimmen zur Konferenz von Boulogne

Berlin, 24. Juni. Aus Konferenz von Boulogne schreibt die "Germania", die Aufführung der deutschen Entschließungsmitteilung, daß die Entente nicht geneigt sei, sein altes System der Gewalt und der Brutalität mit dem Prinzip des Völkererziehung zu vertragen. Man habe lediglich die Ansprüche der Sieger, denen aber nicht daran, auch die Stimmen der Gegenseite zu hören. Bei derartigen Misserfolgen würden selbst das Deutschland der Kriegszeit zusammenbrechen. Der Gedanke der internationalen Neutralität, so begründet er im allgemeinen auch sein möge, sei in der heutigen Form für Deutschland durchaus gefährlich. Die Hauptfahne bleibe für die Entente, daß möglichst viel Gold aus Deutschland herausgeschafft werde. Unter allen Umständen sei zu verlangen, daß die Güldenbildungsumme erträglich sei und den Kredit Deutschlands nicht völlig zerstöre.

Hat England Absichten auf Polen?

Stockholm, 24. Juni. In verschiedenen politischen Kreisen hat man, wie Stockholms "Tribüne" schreibt, bereits vor einem Jahre gewußt, daß England seine Alide aus Polen abrichten und daß man daher bei den Friedensverhandlungen in Versailles nicht schläfrig darüber werden könnte, ob Polen an Schweden oder Finnland gehören sollte. Anfangs herrschte die Ansicht, die Krone der Nordostbalkan für Aufrechterhaltung der Neutralität während des Krieges zu belohnen, und Norwegen erhielt auch Spenden. Was Schweden betrifft, so sprechen sich französische und italienische Staatsmänner in Verhüllung für Aufrechterhaltung Polens an Schweden aus, aber die Entscheidung kam nicht. England war auf andere Gedanken gekommen, als besser mit keinen Interessenvereinigungen. England schreibt das erwähnte Kloster arbeitet daran, die Inseln zu neutralisieren, um sich später das Protektorat über sie zu verschaffen und sie als Standpunkt für seine Flotte in der Ostsee zu verwenden. Daraus würde England auch diesen Bereich beherrschen können. Und Polen würde kein nordisches Malta werden.

Erschütterung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen

Amsterdam, 24. Juni. Nach einer New Yorker Meldung steht der russische Volkskommissar des Ämterlichen Tschiukow in seiner Nähe. England hofft in der Neutralität der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetrepublik Verbindungen durchzusetzen, die daraufhin einzuhalten, daß Russland alles zu geben habe, während England seinerseits nichts dafür bietet. Die englische Regierung habe tatsächlich keine Zusicherungen dafür gegeben, daß der Handelsverkehr endgültig wieder aufgenommen werden solle, und habe inzwischen die im Kriege mit Russland stehenden Streitkräfte unterstellt. Ein Abkommen mit Russland sei nur auf der Grundlage der Neutralität möglich.

Berlin, 24. Juni. Dem in Moskau eingetroffenen Vertreter der Reichsregierung ist die Kriegs- und Friedensfrage erklärt. Tschiukow ist, daß alle Gesetze über feindliche und ähnliche Krieger in Russland Deutscherland gegenüber, die im Zusammenhang mit dem russisch-polnischen Krieg in der deutschen Öffentlichkeit auftreten seien, jeder Grundlage entbehren. Die wichtigsten Russlands Deutscherland gegenüber seien durch das einzige Bestreben dient, mit dem deutschen Volk baldmöglichst in nähere wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu treten.

Sie liegen immer noch

Kopenhagen, 24. Juni. Nach einem Kopenhagener Telegramm besagt der polnische Generalstabbericht u. a.: An der Nordfront machen wir weitere Fortschritte. Durch vollständige Aufsätze über die Frontlinie sprengt wie drei polnisch-schwedische Brigaden aneinander. Ein rotes Artillerieregiment ging zu uns über. In der Ukraine folgten wie die 4. Reiterdivision, nahmen den ganzen Divisionsstab und 800 Soldaten gefangen.

Die Gegenrevolution in Ungarn

Budapest, 24. Juni. Eine Proklamation wird bekannt, nach dem Wiener Offiziersdiktat am 1. Juli gegen Budapest marschieren. Es wurde auch bekannt, daß bei dem Offiziersdiktat eine schwarze Liste erfaßt wird, auf der die dem österreichischen Kurs entgegengesetzten Politiker vereinigt sind, die aus dem Weg geräumt werden müssen. Es handelt sich um alle demokratischen Abgeordneten. Abgeordneten haben diese Politiker und auch die Verteidiger sowie führende jüdische Persönlichkeiten nachdrücklich Budapest verlassen.

Budapest, 24. Juni. Im der Nationalversammlung forderte der Oppositionelle Gröner, daß die Räteleitung bei den Großmächten Schritte unternehmen, damit vom österreichischen Staat oder deren Regierung der gegen Ungarn durchgefahrene unmenschliche Krieg aufgehoben werde.

Gegen den Friedensvertrag

Amsterdam, 24. Juni. Aus Konstantinopel wird über eine geheime Sitzung des Parlaments von Muhsin Kemal berichtet, in der England als Feind der Türkei erachtet und beschlossen wurde, daß sich die Nationalisten bis zum letzten Atemzug dem Friedensvertrag widersetzen werden.

Der neue französische Botschafter

Paris, 24. Juni. "Petit Journal" meldet, daß der frühere Präsident des Reichsgerichts Charles Vauret zum französischen Botschafter in Berlin ernannt wurde.

Die Eisenbahnenfrage von Monchau

Münz, 23. Juni. Nach einem Kopenhagener Telegramm der "Minnen Zeitung" geht die Entscheidung der Polizeikonferenz in der Frage der Monchauer Bahnen dahin, daß sie von dem belgischen Botschafter gemachten Vorschläge über Abgesandtschaft für die

Ablösung der Bahnhöfe Monchau-Schleiden und für den westlich der Bahnhöfe gelegenen Teil des Kreises Monchau grundsätzlich annehmen. Die Prüfung der Eingehaltenen wird der Grenzkommission überwiesen. Die Abgesandtschaft Belgien besteht in Erleichterungen für die Einwohner des Kreises Monchau hinsichtlich des Personen- und Warentransports nach Aachen; ihre Waren werden durch den Eupener Bezirk ohne Holländische Mauten besteuert. Deutschland erhält denjenigen Teil des Eupener Distrikts, in welchem die Niedersächsische Gebiete des Niederrhein-Weserwerkes liegen. Das Dorf Münenich bleibt als deutsche Einheit bestehen, die sich jedoch nur auf die Einwohner bezieht und nicht die Gemeindegebiete einschließt, die in dem abzutrennenden Teile des Kreises Monchau liegen. Die Eisenbahnen und die dazu gehörigen Gebäude sowie das von ihr durchfahrene Gebiet der deutschen Einheit werden belgisches Eigentum.

Die Stellung der Mehrheitssozialisten

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 24. Juni. Nach dem "Berliner Tagesschlag" erwarten die Regierungsparteien von der Sozialdemokratie eine Erklärung, wonach sie der Regierung im Hinblick auf die Verhandlungen mit Spa die Schwierigkeiten machen werden. Diese Erklärung werden die Sozialdemokraten auch tatsächlich abgeben. Die Frage eines Vertrauensvotums für die Regierung dürfte wie das "Tageblatt" hört, überhaupt nicht gestellt werden. Es ist aber immer möglich, daß die Abhängigen und die Kommunisten ein Vertrauensvotum einbringen, das dann mit überwiegender Mehrheit abgelehnt werden dürfte.

Eine Erklärung

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Eisen a. d. R., 24. Juni. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller erklärt folgendes: Im hierigen Gebiet werden von Seiten der unabhängigen Presse heftige Angriffe aus Anlaß des Steuerabschlags vom Lohn gegen die Arbeitgeber geführt, worin dieselben als Urheber des Steuerabzuges hinausgestellt werden. Wir erheben gegen diese Unterstellung, daß die Arbeitgeber für diesen Steuerabzug vom Lohn eingetreten sind, entschieden Einspruch. Diese Steuer wurde vielmehr trotz dringender Bedämpfung nachgebender Kreise durchgeführt. Eine Verantwortung für die aus der übertriebenen Einschätzung des 10prozentigen Steuerabzuges entstehenden Geschäftsverluste kann als Vertragspartner der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie auf das entschieden abhängen.

Eine Pressestimme zur Verminderung der deutschen Heeresstärke

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

München, 24. Juni. Der "Bayerische Kurier" veröffentlicht einen ihm zugeschlossenen Prototyp, dessen Gehalt das unbedingt Gegebene für die Erhaltung und Särtung unserer Wehrmacht sein möchte. Im sozialdemokratischen Gewerkschaftsrat in München stand danach die entscheidende Sitzung der Kommission II der USPD. Über den deutschen Generalstreik steht. Der Vorsitzende bemerkte in seiner Eröffnungsansprache, daß der Generalstreik unter allen Umständen kommt. Genoss Pieper meinte, daß beim letzten Generalstreik nicht alles nach Wunsch gelaufen habe, weil sich die Generalstreikteilung aus Angehörigen aller Parteien zusammensetzte. Die USPD muss jetzt als stärkste aller Sozialparteien die Leitung in die Hand nehmen. Die USPD habe nicht nur Bayern in zwei Gaueinteilungen, sondern auch ganz Deutschland in Kreise eingeteilt. Die Kreisleitungen haben vor allem für rechtsradikale Stellungnahme des Betriebs zu sorgen. Unterscheidung zwischen lebenswichtigen und anderen Betrieben werde nicht gebildet. Es sei ge-

Die Grenzspende Dresden

bevorst die Unterstützung der ins Abstimmungsgebiet fahrenden bürgerlichen Wähler. Gieb darum reichlich und sogleich für die Grenzspende der Kreishauptmannschaft Dresden durch Deine Bank, Sparkasse, Zeitung oder direkt auf Postkonto Leipzig 113031.

schließlich verboten, unbedingt wichtige Teile von Maschinen zu entfernen und zu zerstören, deshalb müssen von allen Maschinen die am schwersten zu beschädigen Teile entfernt werden. Die Eisenbahner vertraten, daß im Augenblick der Verkündung des Generalstreiks keine Lokomotive mehr ausfährt. Ein altes hätten auch die Angestellten der Elektrizitätswerke und der Wasserwerke versprochen. Die technische Rüstung ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Im Augenblick der Generalstreikverkündung muß auch die Entwaffnung der Einwohner eingeht.

Streilogation

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

In Sachsen versuchen Agitateuren aus Halle die Landarbeiter in den Streik zu holen, namentlich in den Bezirken Bautzen und Görlitz. Sie agitieren besonders mit dem Streikabzug vom Lohn und predigen den Beginn des Streikes für Sonnabend den ersten Tag des Lohnabzuges.

Die Entwaffnungsnoten

Berlin, 24. Juni. Bei der deutschen Regierung sind zur Entwaffnungsnote zwei Noten eingegangen, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz, eine andere vom Obersten Rat. Die Note des Obersten Rates ist eine Erweiterung der Note des Präsidenten der Friedenskonferenz. Die Noten gehen mit dem, was die französische Presse während der letzten Zeit bereits zum Ausdruck brachte. Es wird grundsätzlich die Herausförderung des Heeres auf 100.000 Mann fordert. Zugestanden wird eine lokal organisierte Polizei.

Zimmer noch die Randalosrage

London, 24. Juni. Reuter erfaßt, daß die britische Regierung den Böllerbundrat geben habe, sich mit der Frage der Oberhoheit über die Randalos-Inseln zu befassen. Da der Oberste Rat sich nicht damit beschäftigen könne. Der Böllerbundrat wird bald zusammengetreten, um über die Frage zu beraten.

Jüdische Truppen

Amsterdam, 24. Juni. Die Times meldet aus Jericho, daß ein jüdisches Bataillon nach Jericho und dem Toten Meer abgesetzt worden sei, um die jüdischen Truppen, die wegen ausgebrochenen Unruhen dorthin abmarschiert seien, zu verstärken.

Verhandlungen?

Wien, 24. Juni. Drei Beamte des internationalen Gewerkschaftsbundes treffen am Sonnabend in Wien ein, wo sie unter Vermittelung des Staatskanzlers Reinhard mit den Vertretern der ungarischen Regierung eine Aussprache haben werden.

Ein Auspruch Lloyd Georges.

Amsterdam, 24. Juni. Lloyd George sagt im Unterhaus in Erwiderung auf mehrere Anfragen, Deutschland werde ein-

geladen werden, in den Böllerbund einzutreten, wenn es den Ernst geige, die ihm nach dem Friedensvertrag obliegenden Verpflichtungen auszuführen.

Der Böllerbund auf Reisen

Madrid, 24. Juni. Nach Blättermeldungen erklärte der Minister des Innern, die nächste Versammlung des Böllerbundes sei für die zweite Hälfte des Juli in San Sebastian angelegt.

Die Kämpfe in Irland

London, 24. Juni. Die Straßenkämpfe in Londoner Berghäusern bauen an. Die Verluste auf beiden Seiten werden auf über 100 Mann geschätzt. Es wurde viel mit Schrotkugeln von den Dächern geschossen. In der Mündung des Flusses Tyne ist ein Boot mit Marinestrelen eingekettet.

Der Zug in Stuttgart

Stuttgart, 23. Juni. Die Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat die Oberamtsbezirk-Amt im den Bergbau- und Industriegebiet erfolgt. Die "Schwäbische Tagesschlag" ist wegen Auflösung zu einem Sicherungsteil im Nahversorgungsmittel an Stuttgart oder sonstige Industriegebiete, in denen Unruhen irgendwelcher Art entstehen sollten, in Schaffhaft genommen.

Lebensmitteluntersuchungen in Bremen

Bremen, 24. Juni. Die Lebensmitteluntersuchungen der betroffenen Händler und Ladengeschäfte großen Schaden erlitten. Große Ladengeschäfte der inneren Stadt haben wegen der bedrohlichen Lage schließen müssen.

Verantwaltung eines Amtes

Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Reichsregierung hat noch dem "Vormärz" beigegeben folgenden Antrag eingereicht: Die Regierung wird erachtet, den Entwurf eines allgemeinen Amtes für die gesamte Republik entsprechend den Bielefelder Vereinbarungen vom 29. März gewünscht wird.

Ein Protest der deutschen Tegelverbände

Der Reichsbund deutscher Tegelbetriebler-Verbände E. V. und die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels haben den Reichswirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium und an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, in der die gegenwärtige Verhältnisse im Betrieb durchgeführt werden. Die genannten Verbände müssen gegen eine Abschaltung des freien Handels auf energisch protestieren und verlangen, daß ihnen an und für sich schwer bedrohte Tegelns nicht noch weiter durch derartige völkerrechtliche Regierungsmaßnahmen gefährdet wird.

England mobilisiert wieder

Rotterdam, 24. Juni. "Daily Mail" meint: Anfolge der ersten Aufsässen, welche die militärischen Verbände über die Lage im nahen und mittleren Osten hingen, hat das Kriegsamt in London einen Aufschub an den ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verstärkung der Heeresreserve um 15000 bis 20000 Mann wird für erforderlich gehalten.

Asquith zum mesopotamischen Abenteuer

London, 24. Juni. Im Unterhaus sagte Asquith, daß es sich für Großbritannien empfehlen würde, Mesopotamien zu räumen und die betroffenen Kreise um eine Million Pfund Sterling zu räumen. Lloyd George erklärte, England habe ein unmittelbares moralisches Recht auf Mesopotamien. Die britische Kommission habe Wissung, die Ansichten der arabischen Völker über die voraussichtliche Regierung in Mesopotamien einzuhören. Der Antrag Asquiths wurde darauf mit 285 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Der englische und italienische Botschafter

Paris, 24. Juni. England wird nach dem "Petit Journal" Lord Abernon in seinem Botschafter in Berlin ernennen. Zum italienischen Botschafter sei der jetzige Geschäftsträger di Martino bestimmt.

Das Programm der neuen italienischen Regierung

Rom, 24. Juni. (Österreichisches Telegraphenbüro) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung entwidmet Ministerpräsident Crinini das Programm der neuen Regierung, die engste Beziehungen mit den Nachbarländern pflegen werde. Mit Bosnien können Italiener nur Frieden schließen, wenn die betroffenen italienischen Gebiete vor allem Vilna geräumt würden. Die Nationalversammlung sprach mit Zustimmung der Sozialisten der neuen Regierung das Vertraten aus.

Das neue polnische Kabinett

Warschau, 24. Juni. Grabski wurde vom Staatschef mit der Bildung des Kabinetts berufen und hat ein sachverständiges Kabinett gebildet, in dem er selbst Ministerpräsident und Finanzminister ist. Minister des Innern ist Sapieha, Kriegsminister Generalleutnant Skrbenski.

Unruhen in Tirol

London, 24. Juni. Nach einer Sitzung im Unterhaus ist es infolge der Agitation gegen die italienische Botschaft, die in

wenn es den obliegenden

erklärte der
des Volkes
SedanGondorff
en auf über
von den
Hölle ist eingefährdeten
den Beläg-
bauverbündes-
nung zu einem
sonstigen Ver-
hältnis sollten, innalle Ver-
mehrheit, doch
hohen Schaden
en wegen derhe Reichs-
en folgenden
Entwurf eines
durch den die
Reichsbürgernsten Verbände haben
n und an den
einstellung
n hergestellten
den Konsum-
en. Die ge-
sfeuer Han-
rlangen, das
z weiter durch
det wird.: Insolge der
über die Lage
mt in London
der Reserve
reservierung von
n.ner
nith, dass es
otamien je
und Stern
e unmittel-
he Kommission
her über die
Der Krieg
bgelehnt.ster
Zeitung
nennen. Am
di Martinus
egierungder) In der
elle Minister-
ng, die engste
Mit Polen
sten italienischen
Nationalver-
n der neuenStaatschef mit
schmähnlichem
präsident und
sche, Kreis-ing ist es infolge
in Nebereich
zu schweren
arabinerie anwege hat eine
des Wohn-
wohn und Um-
verboten istLudwigshafen
des Verbands
Requisitionet gibt bekannt,
hinaus zu ge-e und Arbeit-
e, des Schu-
nglich der De-
die heutigen
entwirrten
unter Beleidige-
beschleunigen
e für die vor-
anziehende Ver-
net werden.Dresden kommt
ungen an aus-
sprechlichem
ihnen währen-
und bergr. und
nd. In diesem
ubiger mit den
aldeien Zusam-
ebach nur durch
gt werden kann,
ung ihrer Rechte
s vorläufig als

unbestimmten Betrag auf einem Bogen beim Reichsausgleichsamt angemeldeten. Die ordnungsgemäßige Anmeldung auf 4 Anmeldebogen ist später nachzuholen, sobald der Betrag der Forderung genau feststeht.

Zur Feststellung der genauen Höhe der Forderung hat der deutsche Gläubiger ein an den Schuldnern gerichtetes Schreiben in vierfacher Ausfertigung an das Reichsausgleichsamt Leipzig, Roß-
play, Welschule, zu richten, in dem der Schuldeur zur Mitteilung aufgefordert wird, in welcher Höhe und zu welchen Terminen Über-
henden (und sonstige Verzinsungen) seit Kriegsbeginn auf die näher zu bezeichnenden Werte fällig geworden sind. Das Schreiben wird dem Schuldeur dann durch das Reichsausgleichsamt und das gegnerische Ausgleichsamt zugestellt werden; die eingehende Antwort wird zwecks Ergänzung der Anmeldung dem Gläubiger dann wieder zugesandt.

Eine vorläufige Anmeldung in der oben bezeichneten Art wird sich ferner empfehlen, wenn Forderungen einer deutschen Firma bei einer ihrer auswärtigen Zweigbetriebsstätten gegenüber Angehörigen der Ausgleichsstaaten erstanden sind und der Bestand solcher Forderungen zur Anmeldung verpflichtet nicht bekannt ist. Die vorläufige Auskunft wird auch in diesen Fällen durch Vermittlung des Ausgleichsamtes anzustreben sein.

Sächsische Volkskammer

Dresden, 24. Juni

Die sächsische Volkskammer setzte in ihrer heutigen 120. Sitzung zunächst die gestern abgebrochene Erörterung fort.

Abg. Sebastian (Soz.) betonte zunächst, daß die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsknot mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bestmöglich werden müsse, um eine Katastrophe zu verhindern. Der Redner forderte in seinen weiteren Ausschusssitzungen Sparmaßnahmen bei den Staatstheatern und legte sich mit den gestrigen Debattierrednern, besonders mit den Unabhängigen, aneinander.

Minister des Innern R. Hahn erklärte, daß das Ministerium des Innern an den zahlreichen Ausweisungsfällen unschuldig sei. Abg. Blümke habe gestern auf die Gesetze der Waffenspielerei hingewiesen und weiter mitgeteilt, daß vor einiger Zeit eine Waffenspielerei eingesetzt habe. Man könne diese Falle nicht zu ernst nehmen. Andernfalls wäre die Regierung bereit, in den Hallen schärfer vorzugehen, wo es sich um verborgene Waffen handle. Dabei handle es sich nicht bloß um Linsen, sondern es würden auch zahlreiche Kriegervereine die Waffen wegnehmen. Die Vorlagen über den Entwurf des Staatshaushaltplanes und des Haushaltsgesetzes und des Rechnungs-
jahrabschlusses und die Vorlage betr. den Entwurf für den Haushaltplan des staatlichen Elektrizitätssunternehmens auf das Jahr 1920 sowie den Entwurf eines Gesetzes über den bezeichneten Haushaltplan und die Aufnahme einer Staatsanleihe für das genannte Unternehmen wurden darauf den beiden Haushaltungsausschüssen überwiesen.

Abg. Krause-Lugau (Soz.) begründete darauf den Antrag nicht und Genossen: Die Volkskammer wolle beschließen: Die Staatsregierung zu erüben, umgehend mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter Verhandlungen einzuleiten, um die Frage der Einführung von Beiträgen bei dem Bergamt und den Bergbauplattformen zu regeln.

Durch die Einführung der Beiträge würden die zahlreichen Bergwerke auf die sozialistische Wirtschaftsleben und deshalb müsse er gehoben werden. Vor allem sei aber nötig, daß die Arbeiter aufzutreten würden, da nur dann eine Erhöhung der Kohlenförderung eintreten könne. Bisweilen den Arbeitern und der Bevölkerung fehle auch jetzt noch jede Führung und durch den Antrag sollte dieses fehlende Mangel wieder ausgeglichen werden. Außerdem würden die Bergarbeiter sehen, daß die Regierung ihren Forderungen Rechnung tragen wolle. Er beantragte, den Antrag des Haushaltungsausschusses zu übernehmen.

Finanzminister Dr. Melchior: Die Regierung habe sich mit dem wissenschaftlichen und bananischen Ministerien über diese Frage in Verbindung gebracht. Sie werde ihre Stellung bei den Ausschusserörterungen bezeichnen.

Abg. Berndt (Dem.) erklärte, daß seine Partei bestrebt sei, daß das Werk der Bergarbeiter in jeder Beziehung eintritt.

Abg. Dr. Ghardt betonte, daß durch die Einführung der Beiträge nur das Personal bei dem Bergamt, bei den Berginspektionen und der Zahl der Bergarbeiter vermehrt werden müsse. Schon durch die Bergbauplattformen seien viele Arbeitskräfte der Wirtschaft entzogen worden. Seine Partei lehne den Antrag ab.

Abg. Drescher (Soz.) bemerkte, daß der Antrag vollbracht sei. Es müssen alle Hindernisse beseitigt werden, um die Förderung zu haben. Dies würde durch Einführung der Brüder geschehen.

Nach einem Schlusssorte des Abg. Krause-Lugau, welches man erklärte, daß die Brüder mit den Bergarbeitern nichts gemein hätten, wurde der Antrag dem Haushaltungsausschuss II einstimmig überwiesen.

Zum Schlusse erledigte die Kammer noch eine Anzahl Eisen-
abberichtigungen.Nächste Sitzung: Mittwoch den 30. Juni nachmittags 1 Uhr.
Der Antrag eines Landeswohlfahrtseiles.

Nachrichten aus Sachsen

Die Arbeiter- und Soldatenräte betreibt ein sächsisches Gefüllt des Gesamtministeriums, der wie folgt lautet: Das Gesamtministerium hat beschlossen, die von ihm und früher von den Volksbeauftragten erlassenen, die Arbeiter- und Soldatenräte, die Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens betr. Verhinderung von Kriegs- und Gewerbeleben und deszialen Verhältnissen im Rahmen der Volksrat des Volksrats des Landesrates am 19. d. M. seine Auflösung beschlossen hat, erträgt sich auch der Beschluss des provisorischen Landesrates der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsen vom 8. Dezember 1918. Das gleiche gilt auch für das Finanzministerium und dem Ministerium des Innern vom 25. April 1919. Offizielle Mittel sind hieran, am Arbeiterrat, Bezirksarbeiterräte und hieran, am Arbeiterrat, sowie ihre Mitglieder nicht mehr zu gebrauchen. Es sind jedoch, soweit es sich um Verpflichtungen handelt, die von den Arbeiterräten in Ausübung einer ordnungsmäßigen Tätigkeit vor dem 21. Juni 1920 übernommen worden sind, sofern der Nachweis der ordnungsmäßigen Verwendung stellt wird, von den beteiligten öffentlich-rechtlichen Körpern erhalten zu können. Es sind jedoch, soweit es sich um Verpflichtungen handelt, die von den Arbeiterräten in Ausübung einer ordnungsmäßigen Tätigkeit vor dem 21. Juni 1920 übernommen worden sind, sofern der Nachweis der ordnungsmäßigen Verwendung stellt wird, von den beteiligten öffentlich-rechtlichen Körpern erhalten zu können.

Leipzig. In der vergangenen Nacht brach in der Wagenhalle des Straßenbahndiensts Pausendorf Großfeuer aus, das bis Höhe vollständig entzündete 61. Wagen sind mit verbrannt. Die Entzündungslösche ist noch nicht aufgeklärt.

Die Reichsrechtsanwaltschaft Z. G. hält im Laufe der nächsten Woche öffentliche Versteigerungen von Restbeständen aus ehemals alten folgenden Orten innerhalb Sachsen ab: In Dresden-Neustadt (Blauverkettung) Depotverwaltung Albert-
strasse (alte Train-Depot XII) Königswalder Str., Dienstag, den 29. und Mittwoch, den 30. Juni 1920 von vorm. 9 Uhr ab Versteigerung der Fahrzeugabteile verschiedener Art, Materialien aus Erfas-
sung mit Holzwolle, Steinkohlen ohne Zugang, Steinlehm, Kalk, Eisen und Stahl. In Freiberg I. Sa. (Blau-
verkettung) Jägerkaserne, Freitag, den 2. und Sonnabend, den 3. Juli 1920 von vorm. 9 Uhr ab Versteigerung von neuen und gebrauchten Fahrzeugteilen, neuen und gebrauchten Geschützen und Koffern.

Leipzig, 23. Juni. Der vereinigte zweite und dritte Strafgericht verurteilte heute den Redakteur der "Freiheit",

Ein 200 000-Mann-Heer für Deutschland!

Die Konferenz von Spaß steht vor der Tür und somit die Wählung der großen Reichstagsfraktionen Deutschlands. Hierzu gehört die Frage über die Beibehaltung oder Veränderung des 200 000-Mann-Heeres. Es wird noch viel im eigenen Volk verkannt, daß diese Forderung nicht eine militärische, sondern vielmehr politisch wirtschaftliche ist. — Die innern Unruhen bedrohen auf das schwere die deutsche Wirtschaft und legt die Produktion los. Tagtäglich bringen die Zeitungen Nachrichten über Meldungen und Ereignisse im Ausland. Die USPD lehrt strikte Militärrat und verharzt in starker Opposition. Am Sohnen in Handen der Arbeiterschaft befinden sich zahlreiche Waffen. Angesichts solcher drohender Ehebung muß die Regierung über ein starkes Heer verzagen, um jede Ehebung sofort im kleinen erwidern zu können, bevor hierdurch das deutsche Wirtschaftsleben auf neue bedroht und gefährdet wird. Nur durch Erfahrung der Staatsautorität wird ein wirtschaftliches Ende erfolgen können.

Der Friede von Europa wird nicht durch ein deutsches 200 000-Mann-Heer bedroht, da die Wacht, die der wichtigsten Wirtschaftszonen, wie Flieger, schwerer Artillerie und Eisenbahnlinien, entsteht, so verschwindend gering ist, daß sie im Rahmen der europäischen Streitkräfte vollkommen vernachlässigt werden. Ein Punkt kann nur gelöst werden, wenn ihn das ganze Volk will. Das deutsche Volk ist aber frigide und wünscht nichts als Ruhe nach Ruhe, sonde im Innern und einem Neuausbau des Wirtschaftslebens. Werden nun während der jetzigen wirtschaftlichen Niedrigkeit und ohne Absicht auf sie bereits zahlreichen Gewerkschaften durch die Veränderung des Heeres abermals 100 000 Arbeitskräfte geholt, so wird durch diese Forderungsveränderung das europäische Gleichgewicht bedroht. Wenn es sicher ist, daß diese 100 000 Arbeitskräfte infolge ihrer Niedrigkeit in die Opposition, gleichzeitig rechts, oder links, getrieben werden und so entscheidend die allgemeine Unruhe und Unsicherheit erhöhen. Dennoch wird die Regierungsmehrheit geschwacht, das Wirtschaftsleben und die Produktion gefährdet und hiermit die Grundbedingungen für die Erfüllung des Verteidigungspolitischen durch die Untergabe selbst angenommen. Nur eine durch ein 200 000-Mann-Heer geführte Regierung kann durch die innere Ruhe in Deutschland ganz Europa den allgemeinen Frieden garantieren und so die Grundlage für den allgemeinen Wirtschaftsausbau schaffen.

Die Fraktionen des Reichstages

haben sich nunmehr konstituiert. Die Mehrheitssozialisten werden von dem bisherigen Reichstagsabgeordneten Müller geführt. Am Vorsitz der Unabhängigen teilten sich Henke und der nicht in den Nationalversammlung gewählte, dagegen dem früheren Reichstagsabgeordneten Abg. Ledebour. Die Deutsche Volkspartei steht der ehemalige Sachsische Justizminister Heinze vor. Die Deutsche nationale Volkspartei hat den preußischen Staatsminister u. D. Herzig anstelle des Großen Posadowius, der nicht mehr wiedergewählt ist, zum Vorsitzenden bestellt. Außerdem sind in dem Vorsitz der Deutschen nationalen Volkspartei die Herren Schulz-Promberg, Dählinger und Behrens. Der Vorsitz der Demokraten bildet der Abg. Schiffer, Peterken und Erkelens. An der Spitze der Bayerischen Volkspartei steht der Abg. Leicht. Das Zentrum hat sich einen endgültigen Vorsitz noch nicht gegeben, der bisherige Vorsitz, zusammengetragen aus den Herren Trimborn, Bülow und Peterkenberg, führt die Geschäfte vorläufig weiter.

Das Kabinett Lehrenbach

Berlin, 24. Juni. Vom Abendblatt kann als feststehend angenommen werden, daß das Kabinett Lehrenbach auf der Grundlage eines Votums mehrere Stunden aufzutragen kommt. Die endgültige Ministratur steht noch nicht fest.

Hans Mittwoch, der jetzt zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden ist, wegen verdeckten Landesvertrags nach § 92 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs (Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zum Nachteil des Deutschen Reichs) sowie älter Nachrede in Bezug auf den früheren Kriegsminister Rosse, Oskar Hesse und das Auswärtige Amt, zu zwei Jahren Haftstrafe unter Arrestierung von sechs Monaten Untersuchungshaft. Die Strafe ist begangen worden durch die am 22. Oktober 1919 durch den Angeklagten bewirkte Veröffentlichung eines Protolls über eine angeblich am 3. Juni 1919 abgeschlossene Sitzung im Auswärtigen Amt, die sich hinterher als plume Föhlung erwies, vom Angeklagten aber sehr ernst gehalten worden war und die dem Deutschen Reich großen Schaden hätte zufügen können.

— Waldheim, 24. Juni. Es bedarf des Dieses Tages ist hier von der Polizei entdeckt und aufzuhören worden. Zum Fortsetzen der gefassten Szenen, die hauptsächlich aus Wirtschaftsfallen bestanden, mußte in zwölfzehn Wagen denkt werden.

— Berlin, 24. Juni. P. h. i.ige Einwohner mehr, der auch mehrere hundert Arbeiter angehören, marschierten vor dem Hauptmarkt vor dem Rathaus zu einer Kundgebung gegen ihre Auflösung und gegen die Ablehnung der Umwandlung in einen Oberbürgermeister.

Ans Dresden

Couleurpublication der „Saxo-Thuringia“

Dresden, 25. Juni. Die C.-U.-Verbindung Saxo-Thuringia beginnt ihre Couleurpublication mit einem alten und bewährten Titel. Aus allen Teilen Deutschlands waren Gäste anwesend, es waren besonders in neuen Göttinnen, Gleichen, Leipzig, Nürnberg, Berlin. Am Morgen hatte die Weise der Reihe der neuen Korporation in der Hoffstall-Kapelle das Geheimnis des Gewerbelebens. Unter den Gästen befand sich der hochwürdige Herr Bischof. Der Senator und Prof. Lehmkopf der neuen Verbindung ließ die erlebten Höfe u. T. T. der verschiedenen Corps willkommen und leitete in kurzen Worten den Anfang der Gründung dar. Es sei ein orangefarbener, himmlisch blauer Kostüm mit weißer Krawatte und weißer Weste, die sich in der Mitte befindet und zu dem alle Mitglieder, Männer und Freunde herlich geladen sind. Mutterabend und heitere Spiele schmückten die Zusammenkünste. Am Sonntag, den 6. Juni war Jungzentrum auf dem Polten und leistete mit 70 Mann sehr gute Wahlbereitschaft. Als Lohn für geleistete Arbeit haben sich die Mitglieder einen geselligen Unterhaltungssabend gewünscht, der am 20. Juni, am Peters-Baukloge, 8 Uhr im Gelehrtenhaus stattfindet und zu dem alle Mitglieder, Männer und Freunde herlich geladen sind. Mutterabend und heitere Gedichte, zwei lustige Szenen (Spielleiter: Wenzel) und die ersten großen Volksfestspiele (Spielleiter: Bartel) werden die Stunden angenehm machen. So möge Jungzentrum ein Sommerspunkt unserer Jugend bleiben, in dem sie keine Freude hinein, an den sie nicht gern zurückkehren.

war eine eindrucksvolle Befreiung des katholischen Willens, den Glauben hochzuhalten und die Ideale des Christentums trotz alter Gewalte und Anfeindungen in freudigen Beten zu verheißen. Der Saal bot ein farbenreiches Bild.

Vorlesungen

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei hat am 23. und 24. Juni im Reichstagszimmer der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages in Berlin eine Sitzung abgehalten, die außerordentlich gut besucht war. Es handelte sich um die Orientierung des Reichstagsausschusses über die politische Lage und einer Ansprache über die im letzten Wahlkampf gemachten Erfahrungen, sowie über mancherlei während dieses Wahlkampfes innerhalb der Zentrumsfraktion aufgetretene, unerwünschte Ereignisse. Zur Orientierung über die politische Lage und einer Ansprache über die politische Sitzung am 23. Juni eröffnete der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Heimatrat Trimborn das Referat. Er berichtete eingehend über die Versuche zur Kabinettsbildung und über die Stellungnahme der Zentrumsfraktion bei diesen Versuchen. Es wurde festgestellt, daß die Haltung der Zentrumsfraktion im ganzen Lande durchweg eine Misserfolg erfuhr und daß die politische Stellungnahme der Zentrumsfraktion zu den jüngsten Vorwürfen überall unzufriedene Zustimmung findet. Man ist auch im Lande durchdrungen von der Überzeugung, daß die Zentrumsfraktion in diesen Tagen untrüglich der bestreitbare dem Allgemeinwohl unterordnen müsse und daß das Zentrum damit nichts anderes hat, als seiner ruhmvollen Tradition zu folgen. Man weiß sehr wohl, die unerwünschten Schwindel und Lügen zu widerlegen, die gerade bei den heutigen Zeiten des Reiches damit auf die Schultern des Zentrums gelegt werden, aber das Zentrum hat auch den Platz, seine Verantwortung zu tragen, eben um des Volkes Willen. Diese Gedanken kommen auch in den Verhandlungen des Reichstagsausschusses in erhebenden Formen zum Ausdruck. Daß die alte Koalitionspolitik gerade jetzt ihre Existenzverkrampfung erfuhr, darf nicht übersehen werden. Der Reichsausschuß bildete einmütig die Haltung der Fraktion und ihrer Führer bezüglich der Regierungsbildung und sprach in vollem Maße seine Zustimmung zu der Politik des Reichstags bei den jüngsten Vorwürfen aus. Weiter wurde dem Herrn Reichskanzler Lehrenbach der wärmste Dank des Reichsausschusses für das große Opfer ausgesprochen, daß er mit der Übernahme der Reichskanzlerschaft, Potsdam und der Partei gebracht hat. Die weiteren Verhandlungen des Reichstagsausschusses, die sich mit inneren Angelegenheiten befaßten, waren hinsichtlich getrennt von dem einmütigen Willen aller in der Zentrumsfraktion getrennten Angehörigen nach besten Kräften der Partei und ihrer Erfahrung im ganzen Lande zu dienen.

Wir dürfen hoffen, daß die Verhandlungen des Reichstagsausschusses ihre guten Früchte in der Werbung und Organisationsarbeit zeigen.

Bautzen. Die am 11. Mai gegründete Jungzentrumgruppe entstand, geleitet von dem Seminarprinzipient H. Giehn, einer arbeitsfreien Tätigkeit. Die Mitgliedercharakter hat die Zahl 100 längst überschritten, sie setzt sich zumeist zusammen aus den jugendlichen Mitgliedern der katholischen Ordensvereine und den Seminaristen des katholischen Seminars. Versammlungen finden statt am ersten und dritten Freitag des Monats, sie brachten bisher an ausgedehntem Gebiete verschiedene Vorträge: „Wissenswertes über die Grundzüge der politischen Parteien, die Ziele des Zentrums, Schreckenbilder aus der Kommunistenzeit Ungarns“, Gefang und heitere Volksstücke schmückten die Zusammenkünste. Am Sonntag, den 6. Juni war Jungzentrum auf dem Polten und leistete mit 70 Mann sehr gute Wahlbereitschaft. Als Lohn für geleistete Arbeit haben sich die Mitglieder einen geselligen Unterhaltungssabend gewünscht, der am 20. Juni, am Peters-Baukloge, 8 Uhr im Gelehrtenhaus stattfindet und zu dem alle Mitglieder, Männer und Freunde herlich geladen sind. Mutterabend und heitere Gedichte, zwei lustige Szenen (Spielleiter: Wenzel) und die ersten großen Volksfestspiele (Spielleiter: Bartel) werden die Stunden angenehm machen. So möge Jungzentrum ein Sommerspunkt unserer Jugend bleiben, in dem sie keine Freude hinein, an den sie nicht gern zurückkehren.



Dresden, Waisenhausstr. 22

Wochentags: 4, 1/4, 7, 1/2, 9

Sonntags: 3, 5, 7, 9



Des großen Erfolges wegen um eine Woche verlängert!

Die letzte Gala-Vorstellung des Cirkus Wolfson

Großes Sensationsdrama in 6 Abteilungen

Hauptattraktionen u. a.:

1. Der rätselhafte Affe Colli.
2. Die grandiose Wasserpantomime.
3. Der sensationelle Sprung von 60 Meter Höhe.



Käthe
Statt Karten
Die glückliche Geburt eines gesunden
Mädchen zeigen hoherfreut an
Bernhard und Helene Eldmann

Leipzig, den 24. Juni 1920
Waldstraße 72

Statt Karten
In überreichem Maße sind uns aus allen Kreisen,
auch von höchster Seite, beim Himmangange unserer
unvergesslichen Entschlafenen
Johanna Löbmann
Beweise liebevoller Teilnahme und ehrender An-
erkennung dargebracht worden. Dafür danken von
ganzen Herzen
die tiefrauernden Hinterbliebenen.
Annaberg, den 22. Juni 1920.

Jung-Centrum
Bautzen
Peter-Pauls-Tag
Unterhaltungs-Abend

Ein sehr armer Gymnasiast
der nach dem Urteil seiner Lehrer
Beruf zum Briefler hat, ist in
großer Not. Das unterzeichnete
Blatt vom bittet Sie ihm um einige
Unterstützung.

Das tömlich-lach. Vorortamt

Annaberg I. E.

Postleitzahlamt Leipzig 8832.

Metallobetten,
Stahlrahmatratten, Kinderbetten,
Polster an jedemmann. Kataog
Post Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Hautjucken-Kräuze
sichere und schnelle Hilfe durch

Biltz PerusalbeDose M. 5.— Verband:
Grüne Apotheke, Erfurt 209**Bei Rheumatismus,**Gicht, Gliederreihen, Verschlauch-
ungen, Steifheit der Gelenke,
Gliederschwäche, gebraucht man**Biltz****Rosenstengelspiritus**seit altertum bewährt angewandt,
flasche 7.50 M. o. Verband: Grüne Apotheke,
Erfurt 209.**Karl Gorille,**

Holzhandlung,

Schirgiswalde Sa.empfiehlt trockene u. luft-
trockene schlesische
Kiefer, Fichte u. Tanne,
Eiche und Linde in ver-
schiedensten Stärken, 1. u. 2.
Sorte Tischlerholz von
seinem Lager Putzau billigst.**Stuhlflechtröhre**echtes
2-4 mm Glanz, auch am
Wiederverkaufser liefert
Max Poppel,
Rohrbahnhofsfabrik,
Dresden, Zillerstraße 6**Kathol. Gesellenverein Ostritz I. Sa.**

Sonntag den 27. Juni nachm. 4 Uhr

im "Weihen Noch"

40. Stiftungsfest

(Festkommers, Theater, Reigen und Tanz).

— Festredner: Dr. Jehne, Bautzen. —

Alle Ehren- und Mitglieder nebst ihren weiten Angehörigen
die Mitglieder der kath. Ostritzer Vereine, sowie die benachbarten Ein-
zelvereine, laden herzlichst ein

Der kath. Gesellenverein Ostritz.

Tymians Thalia - TheaterAnfang 1/8 Uhr
Täglich der Riesen Schlager: „Dresden hat Fritz“
Sonntags 2 Vorstellungen 1/4 und 1/8 Uhr**Rechtskanzlei Providentia memor**

Dresden-A., Tharandter Straße 6, II.

Sprechzeit von 9-4 Uhr Mittwochs für Unbemittelte
Billigster Rechtschutz und Beratung.

Beistand in Prozeß- und Strafsachen usw.

Wallfahrtsort Filippendorf (Nordböhmen).

Egerzitien

für männliche und weibliche Mitglieder des III. Ordens
26. bis 30. Jun.Da die böhmische Grenze nicht mehr militärisch bewacht ist,
so haben Angehörige des Deutschen Reiches keine Schwierigkeiten
mehr, den beliebten Wallfahrtsort zu besuchen.

Ist auch die Zukunft
gar nicht klar,
Erdal ist wieder
wie es war.

Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Kirchlicher Wochenkalender

Döbeln I. B. Aula der 2. Bürgerschule. Jeden So. 9 Br. u.
9. B. M. 8 in der Schlosskapelle Reichsbaust. I. B. vor der M.
u. S. ab 6-7.
Pirna (Ob.) 6.30 B. 7 B. 8 Sch. 9.15 B. u. Br. 2. Herz
Jesu-K. u. S. G. Mo. 7 M. — Dienstag den 29. Jun.: Heil Peter
u. Paul 6.30 B. 7 M. 8 Sch. 9.15 Hochamt mit Eröffnung der
Missionserneuerung — 8.15-8.30 — 7 Uhr Missionsspredigt I mit H. N.
u. S. S. B. 5.15. — 6.30. — 7.15 M. — Frisch 5.45 u. ab 7 Uhr
Missionsspredigten.
Bautzen I. B. 6.30 B. 7 M. 9.15 B. u. Br. 11 Sch. u. Br.
2.30 B. 8.30 B. 8.30 M. Do. 8.15 u. in der Schlosshalle
9. B. 5 B. für Kinder. 8 für Erwachsene.
Radeberg 5.45 B. Messe mit Ansprache. 2.30 Segensanpfiff.
8.30 B. Messe mit Predigt in Moritzburg — Peter u. Paul
8.30 B. Messe mit Predigt, liturg. Hochamt. 2.30 Beipfern. 10.30 B. Messe und
Altarsonne in Radeborg.
Reichenbach I. B. Kein Gottesdienst. — Peter und Paul
8.30 B. Messe und Predigt.
Wiesa (Waisenbergschule 9). 7.30 Frühm. 9 Hauptgottesdienst
m. Predigt u. Segen.
Schlosskapelle Roth-Schönberg. 8 vorm. M. m. Br. u. S. G.
7.30 ab 8.
Geburt. Im Winter Sonn- und Feiertag 9.30 B. Messe, nach-
mittags 2.15-2.30. Weih. 7 B. Messe. Mi. 9 Schulgottesdienst.
Thannenbaum. 7.30 M. Br. S. G. — Peter u. Paul
10.30 B. M. Tr. S. G.
Waldbheim (Turnhalle auf dem Schulberg). 8.30 B. 9 B. B.
Wiesleburg. 7.30 B. 7.30 B. 9.30 B. M. Br. B.
2.30 B. B. möglich 8 B. 7.30 B. 8.30 B. 9 B.
Weinböhla (Gesellschaftshaus im Rathaus). Jeden 3. So. im
Monat 9 B. u. Br. vorher B. nachher Taufen und Trauungen.
Werda. Fernbr. 4.00. So. 7 B. 7.30 M. u. Br. 9 B. Br.
u. S. G. 10.30 Taufen. (Wenn Gottesdienst in Grimmaiflau, fällt
der Gottesdienst in Werda aus.) B. 7.45 M. Do. ab 7.30 B.
Br. u. S. G.
Wurzen. 10.30 Msp. M. Br. S. u. Br. nachm. 2.30 Herz-Jesu-K.
Mo. 6. M. 9 B. — Peter u. Paul 7.30 B. Br. S. G.
Reichenbach I. B. 7.30 B. Messe. 8.30 Sch. 9.30 B. Messe. Br.
2.30 S. G. — Dienstag: Peter und Paul 6 B. Messe.
8.30 Sch. 9.30 B. Messe u. Br. 7.30 S. G.

Bautzen, Domkirche (Fernspr. 483). So. u. S. 5.15 und 8 M.
9 B. u. Br. 2 B. B. 5.30 und 9 M.

Bautzen, Marienkirche 3, u. 1. Frau. Fernspr. 416. So. u. S.
7.30 deutsche Sch. 9 B. u. wendische Br. 10.45 M. u. deutsche An-
sprache. 1 wendische Br.

Bülowiuskirche. 7 B. 8.30 Gottesdienst.

Großröhrsdorf. S. u. S. 8 u. 9 M., 2 B., B. 7 M., Br. u. Br. 9 Sch.

Görsdorf 11 B. m. Br.

Gaußig bei Bautzen. Schlosskapelle. So. u. S. 8.15 M. mit
Br. u. S. G. 7 B. B. 8.15 M. 7.30 Abendgebet. Br. S. G. So.
u. B. vor der M. und nach dem Abendgebet.

Großröhrsdorf. 9 Msp. M. S. G. Br. B. M. 6.15, Mo. und
Do. 7.15.

Altenburg. S. 5 B. S. 8.30 B. u. Br. 8.15 Christuskirche u.
B. M. Di. Do. u. S. 7 M. vor u. nach der M. B. Br. ab 14.30 Br.

Görlitz. 4. So. im Monat 14.12 B. u. Br.

Gera. 1. u. 3. So. 14.30 M. 9. B. u. Br. nachm. 14.30 M.

2. u. 4. So. 14.30 M. 4.9 B. u. Br. 14.30 M. Br. ab 8 Br.

Rötha. 2. So. im Monat 14.11 B. u. Br.

Schmölln. Am letzten So. im Monat 14.12 B. u. Br. die ab.

Sonntage nur Taufgottesdienst.

SLUB
Wir führen Wissen.